Atomausstieg

EU-Kommission hilft Deutschland

● Die Bundesregierung hat gute Chancen, einen teuren Rechtsstreit über die Stilllegung zweier Atomkraftwerke zu gewinnen. Der schwedische Konzern Vattenfall hatte den deutschen Staat vor dem Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) in Washington verklagt, weil er nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima die pannenanfälligen AKW Krümmel und Brunsbüttel abgeschaltet hatte. Vattenfall sieht darin eine Enteignung und fordert inklusive Zinsen rund 5,7 Milliarden Euro Schadensersatz. Nun gerät die Klage ins Wanken. Anfang März hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Urteile von internationalen Schiedsgerichten bei Streitigkeiten über Investitionen zwischen EU-Staaten unzulässig sind. Die EU-Kommission hat sich nun auf Anfrage des ICSID dieser Meinung angeschlossen. Die Kommission fungiert in dem Rechtsstreit seit 2015 als unbeteiligte Partei, die zu wichtigen Fragen Stellung nehmen darf. Die erneute Konsultation der Kommission durch das Schiedsgericht wertet man in Berlin als Zeichen, dass das ICSID der EuGH-Vorgabe folgen wird. Die atompolitische Sprecherin der Grünen teilt diese Einschätzung. »Die Stellungnahme aus Brüssel könnte zum letzten Sargnagel der Vattenfall-Klage werden«, sagt Sylvia Kotting-Uhl. SSU

Griechenlandkrise

IWF vor dem Ausstieg

● Das aktuelle Rettungsprogramm für Griechenland wird wohl ohne finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Ende gehen. Das zeichnet sich nach einer Sitzung der sogenannten Arbeitsgruppe der Eurogruppe Anfang dieser Woche ab, bei der Spitzenbeamte aus den Finanzministerien der Mitgliedsländer und Vertreter des IWF in Brüssel zusammenkamen. Der IWF und seine Chefin Christine Lagarde schätzen die Wachstumsperspektiven Griechenlands viel skeptischer ein als die Europäer. Deshalb brauche das Land größere Schuldenerleichterungen. Darin sollten auch die Unterstützungszahlungen des europäischen Rettungsschirms ESM und die bilateralen Hilfskredite einbezogen werden, die Mitgliedsländer Griechenland zu Beginn der Krise gewährt hatten, so forderten die IWF-Vertreter. Die Europäer lehnen diesen Vorschlag aus rechtlichen Gründen ab, weil damit direkte Belastungen für die jeweiligen Länderhaushalte verbunden wären, wenn Teile der bilateralen Kredite abgeschrieben werden müssten.

Als letzter Termin, doch noch eine Einigung mit dem IWF herbeizuführen, gilt nun das Finanzministertreffen in der kommenden Woche. Die Chancen dafür stünden jedoch schlecht, heißt es aus Teilnehmerkreisen. Die Beteiligung des IWF am dritten Hilfsprogramm für Griechenland wäre mit gerade einmal 1,6 Milliarden Euro ohnehin nur von symbolischer Natur gewesen. Das Programm läuft im August aus. Dennoch ist der Ausstieg des IWF nicht unproblematisch. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte den Unionsabgeordneten zugesagt, dass der Internationale Währungsfonds an Bord bleibe. REI

CHIP SOMODEVILLA / GETTY IMAGES

Lagarde

Kommentar

Zeit für ein Abkommen

Mit ihrem Dauerstreit schaden sich Boeing und Airbus selbst.

● Es ist seit Jahren dasselbe unwürdige Ritual: Wann immer die Welthandelsorganisation WTO eine neue Entscheidung im Subventionsstreit zwischen Boeing und Airbus bekannt gibt, feiern beide das Ergebnis als Sieg – obwohl eine Seite meist eine heftige Klatsche abbekommt. Vergangenen Dienstag war wieder einmal Airbus dran. In ihrem jüngsten Urteil geißeln die Schiedsrichter, dass Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien dem Unternehmen einst viel zu billige Anschubkredite für seine Jets vom Typ A380 und A350 gewährt hatten.

Trotzdem brach bei Airbus Jubel aus. Das WTO-Berufungsgericht habe immerhin einen Großteil der übrigen Vorwürfe des Erzrivalen Boeing verworfen. Auch die Amerikaner triumphierten. Nun sei klar, dass Airbus »unfaire Geschäftspraktiken« betreibe und »illegale Subventionen« erhalten habe. Zur Strafe drohten die USA mit Sanktionen. Dabei ist über die Boeing-Gegenklage von Airbus noch gar nicht entschieden. Der Schlagabtausch zwischen den Flugzeugbauern und ihren Herkunftsländern um Anschubhilfen oder verdeckte Zuschüsse dauert inzwischen 14 Jahre. Es wird höchste Zeit, den Spuk zu beenden – und zwar nicht durch Strafzölle oder Exportbeschränkungen, sondern durch ein neues bilaterales Abkommen. So etwas gab es schon einmal. Doch der Vertrag aus dem Jahr 1992 wurde 2004 von den Amerikanern gekündigt. Ein neuer Pakt müsste beiden Konzernen enge Grenzen für die staatliche Förderung von neuen Jets setzen. Alternativ könnten die Firmen auch ganz auf Subventionen verzichten. Leisten könnten sie sich das. Der Börsenkurs von Boeing hat sich in den vergangenen zehn Jahren vervierfacht, der von Airbus sogar mehr als verfünffacht. Auch Umsatz und Gewinn legten deutlich zu. Außerdem haben die Regierungen ihre Anteile bei Airbus ohnehin drastisch reduziert. Lenken die Unternehmen nicht ein, könnte sie das teuer zu stehen kommen.

Lachender Dritter könnte der chinesische Staatskonzern Comac sein. Er wartet nur darauf, seine Flugzeuge in die angestammten Märkte von Boeing und Airbus zu drücken. Dinah Deckstein